

**Antwort der Verwaltung  
Vorlage Nr.: 20193769**

**Status:** öffentlich

**Datum:** 20.12.2019

**Verfasser/in:** Blome, Daniel (35 62)

**Fachbereich:** Amt für Soziales

Bezeichnung der Vorlage:

Zwangsräumungen in Bochum 2019 - Zwischenmitteilung

Bezug:

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Im Rat der Stadt in der Sitzung des Rates vom 07.November 2019 (Vorlage Nr.: 20193494)

**Beratungsfolge:**

Gremien:

Rat

Sitzungstermin:

30.01.2020

Zuständigkeit:

Kenntnisnahme

**Wortlaut:**

DIE LINKE. im Rat fragt an:

1. Wie viele Zwangsräumungen wurden in Bochum im Jahr 2019 angesetzt und wie viele wurden durchgeführt?
2. In der Vergangenheit ging die Verwaltung davon aus, dass ca. 90 Prozent der Zwangsräumungen in Folge von Mietschulden angesetzt werden. Gilt diese Einschätzung auch für das Jahr 2019?
3. Wie viele Single-Haushalte, Mehrpersonenhaushalte und Haushalte mit Kindern waren in den jeweiligen Jahren von der Zwangsräumung betroffen? Falls es hierzu keine erneut keine verlässliche Auswertung gibt, warum wird dies nicht durchgeführt?
4. Wie viele der Zwangsräumungen betrafen in dem oben genannten Zeitraum Wohnungen der VBW – Bauen und Wohnen? Falls der Stadt Bochum darüber keine verlässliche Auswertung vorliegt, bitten wir um Weiterleitung der Frage an die VBW.
5. Geht die Stadt Bochum erneut davon aus, dass auch im Jahr 2019 alle von Zwangsräumung betroffenen Empfänger\*innen Sozialtransferleistungen erhalten haben?
6. Kam es im Jahr 2019 nach Informationen der Stadt zu Verzweiflungstaten der von Zwangsräumung Betroffenen (z.B. Suizide, Suizidversuche, Selbstverletzungen)? Wenn ja, wie häufig?

Die Verwaltung teilt mit:

Zum Zeitpunkt des Vorlagenschlusses für die Sitzung des Rates am 30.01.2020 können die Gesamtzahlen des Jahres 2019 noch nicht vollständig ausgewertet werden.

Die Verwaltung wird die Anfrage unaufgefordert zur Märzsession des Rates schriftlich beantworten.

**Anlagen:**